

Brief aus dem Nationalrat : die sechste Überfremdungsinitiative

Autor(en): **Braunschweig, Hansjörg**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **82 (1988)**

Heft 5

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143410>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die sechste Überfremdungsinitiative

«Eine Volksinitiative der Bequemlichkeit, des Wortbruchs und der Feigheit» nannte ich die sechste Initiative der Nationalen Aktion (NA) gegen die Überfremdung in der Frühjahrssession, und diese Bezeichnung trug mir und meinen Söhnen in den letzten Wochen mehrfach telefonische Drohungen ein: Im Zentrum von Dübendorf sollten ich und Teile meiner Familie hingerichtet werden! Es sind einzelne belastete Menschen, die sich zu solchen Äusserungen hinreissen lassen. Ich will nicht dramatisieren, und unsere «Kinder» sind inzwischen erwachsen geworden, sie nehmen derartige Telefonanrufe nicht mehr sehr persönlich. Aber als Hinweis auf eine latente Bereitschaft zu faschistischem Verhalten, ausgehend von Überfremdungsangst und Fremdenfeindlichkeit, müssen sie doch sehr ernst genommen werden. Diese Tendenz besteht nicht nur in Frankreich, sondern in kleinstaatlichem Ausmass auch in der Schweiz.

Der Flammenwerfer-Satz des Autoparteipräsidenten

Ganz bewusst in diesem Zusammenhang muss ich auf die traurig-berühmte Bemerkung des Präsidenten der Autopartei zurückkommen: «an die Wand nageln und mit dem Flammenwerfer drüber!» Am Tage, bevor dies bekannt wurde, hatte er in einem Votum die Zürcher SP-Stadträtin Ursula Koch heftig angegriffen und Ursula Koch-Pomeranz genannt. Mir fiel dies auf, denn niemand in Zürich nennt je diesen zweiten, jüdisch klingenden

Namen. Ich konnte mir das nur mit bewusstem oder unterschwelligem Antisemitismus des Autoparteipräsidenten erklären.

Bekanntlich gebrauchte dieser den Flammenwerfer-Satz im Gespräch mit dem Thurgauer SP-Ständerat Thomas Onken, nach Aussage von CVP-Nationalrat Engler ausdrücklich auf diesen gezielt. Thomas, nach meinem Empfinden aus Überzeugung Jude, nahm es selber nicht ganz so persönlich, ich spürte aber noch nach Tagen seine tiefe Betroffenheit. Wenn die Autopartei ihrem Präsidenten grundsätzlich das Vertrauen ausgesprochen hat, so hat sie den präsidentialen Antisemitismus mindestens in Kauf genommen.

Eine Woche nach der Frühjahrssession erklärte mir ein Mündel, das ich in dessen nüchternem Zustande sehr schätze, Hitler hätte mich an die Wand stellen sollen. Mündel haben oft ein feines Sensorium, ähnlich wie betroffene Jugendliche. Ihre Aussagen sind für mich vielsagend.

Noch ein Wort zum Flammenwerfer: Schon als Kind hatte ich gegenüber dieser Waffe ein besonders unbehagliches Gefühl, wenn sie im Armee-Filmdienst während des Zweiten Weltkrieges demonstriert wurde. Es gibt für mich Waffen, die nicht nur grausam und unmenschlich, sondern auch faschistisch sind. Ich denke laut: Christenverbrennungen, Brandschatzungen, Scheiterhaufen, Hexenverbrennungen, Bücherverbrennungen, Brandbomben, Napalmbomben, Flammenwerfer. Ist denn das so zufällig gedacht?

Eine Initiative der Bequemlichkeit, des Wortbruchs und der Feigheit

Nach diesem hintergründigen Exkurs zurück zur «Volksinitiative für die Begrenzung der Einwanderung», wie sie wirklich heisst. Grundsätzlich soll die Zahl der einreisenden Ausländer (einschliesslich der jährlichen Umwandlungen von Aufenthaltsbewilligungen) diejenige der ausreisenden Ausländer nicht übersteigen. Solange die Wohnbevölkerung der Schweiz 6,2 Millionen überschreitet, darf die Zahl der Einwanderer nur zwei Drittel der Auswanderer betragen.

«Eigentlich ganz vernünftig», könnte mancher denken. Gerade deswegen halte ich diese Initiative für raffiniert und gefährlich, und wir müssen uns überlegen, wie wir sie gegen Gefühle des Fremden- und Flüchtlingshasses bekämpfen. Wer sich nur noch von negativen Emotionen leiten lässt, ist menschlichen und vernünftigen Überlegungen nur schwer zugänglich.

Wie alle ihre Vorgängerinnen wendet sich auch diese Überfremdungsinitiative gegen die Schwächsten in unserer Gesellschaft, gegen ausländische Familien, die auseinandergerissen werden oder nicht zusammengeführt werden können, gegen Jugendliche der zweiten Generation, die nirgends ganz zuhause sind, aber

auch gegen Schweizer Arbeitnehmer in den Grenz- und Bergregionen, denn sie werden von den Bestimmungen gegen Grenzgänger und Saisoniers direkt mitbetroffen sein. Zu den Opfern der Initiative werden auch Kleinbauern, Betagte und Kranke in Heimen und Spitälern gehören, denn immer kommen die Schwachen zuerst unter die Räder. Hingegen wendet sich die Initiative wie eh und je nicht gegen Unternehmer und andere Verantwortliche unserer Wirtschaftspolitik. Die bestehenden Verhältnisse und Machtstrukturen sollen nicht angetastet werden. Deswegen sprach ich von Bequemlichkeit und Feigheit der Initianten.

Erstmals werden auch Asylbewerber und Flüchtlinge in eine Überfremdungsinitiative einbezogen. Bisher hat sich selbst die NA daran gehalten, ihre Fremdenfeindlichkeit in Volksinitiativen nicht auf die Flüchtlinge auszudehnen. Auch Nationalrat Ruf spricht in derart verächtlichem Jargon über Flüchtlinge, dass seinen verbalen Zusicherungen nicht Glauben geschenkt werden darf. Auf eine ausdrückliche Anfrage von Nationalrat Ott gab er auch nicht die Bereitschaft der NA bekannt, völkerrechtliche Grundsätze und Verträge einzuhalten. Deswegen nannte ich diese Initiative eine solche des Wortbruchs.

Hansjörg Braunschweig

HINWEISE AUF BÜCHER

Walter Ludin / Thomas Seiterich / Paul M. Zulehner: *wir Kirchenträume – Basisgemeinschaften im deutschsprachigen Raum*. Walter Verlag, Olten 1987. 202 Seiten, Fr. 22.–.

Basisgemeinden sind gewissermassen das innerkirchliche Pendant zu den Bürgerinitiativen. Diesen attestieren die Politologen ja ein zunehmend grösseres Potential als den herkömmlichen Parteien. Entsprechend können die Herausgeber von *wir Kirchenträume* auch eine Prognose Karl Rahners zitieren: «Die Kirche der Zukunft wird eine Kirche sein, die sich von unten her durch Basisgemeinden freier Initiative und Assoziation aufbaut.»

«Basisgemeinde» – der Begriff ist hoch im Kurs und dadurch auch bereits unverbindliches Schlagwort. Dabei geht es gerade in den Basisgemeinden um eine klare Verbindlichkeit, um eine christliche Verantwortung untereinander und nach aussen hin. Allerdings ist die Unbestimmtheit des Begriffs nicht nur eine Folge seines inflationären Gebrauchs. Der gemeinsame Nenner der bestehenden Gruppen ist eben ursprünglich oft eine negative Definition: Das gemeinsame Moment sind nämlich Defizit-Erlebnisse in der Volkskirche, bei den vorgestellten Fällen ausschliesslich in der katholischen.

Die aus diesen Erfahrungen motivierten (Gegen-)Kräfte zeitigen eine Praxis, die beeindruckt durch